



Jubelnde Obama-Anhänger auf der Wahlparty in Chicago, Sieger Obama: Immer wieder derselbe Satz – „Ich hätte nicht gedacht, dass ich

Das Projekt Obama

Gewaltig sind die Herausforderungen, und da tut der erste schwarze Präsident der USA gut daran, konzentriert, bescheiden und nüchtern aufzutreten. Seinem Land und der Welt führt er vor Augen, wie schwer es sein wird, die vielen Krisen zu bewältigen. Ist diese Aufgabe zu groß für ihn?



IMAGO STOCK&PEOPLE (L.); STEVE LISS / POLARIS / LAIF (R.)



diesen Tag jemals erleben würde“

Für Eltern waren es natürlich die Hände: Sashas rechte in der linken ihres Vaters, fest und vertrauend. Die Tochter blickte hoch, der Vater blickte hinab, sie lächelten.

Für Historiker war es der Verweis auf Abraham Lincoln, diesen größten aller amerikanischen Präsidenten, der für die Einheit des Landes und die Freiheit der schwarzen Sklaven in den Bürgerkrieg zog. Für Rhetoriker war es diese meisterliche Rede über die Aufgaben moderner Bür-

ger, über Solidarität, über Ehrlichkeit. Die Ansprache des Siegers geriet zu einem Appell, kein Größenwahn, kein Triumphalismus, nirgendwo, eher Demut, Respekt vor dem, was da kommt – eine erwachsene Rede.

Lange ist es her, dass die Welt zuletzt eine solche Projektionsfläche besaß, vielleicht gab es sie nie zuvor – eine Figur wie den Mann dort oben, eine Familie, eine Nacht wie diese in Chicago, in die jeder Mensch auf dem Planeten hineindeuten

konnte, was er dort oben auf der Bühne sehen wollte.

Patrioten sahen einen Halbkreis aus 25 Fahnen und einen ernsten Mann, der sagte, es werde schwer, aber das Land werde seine Ziele erreichen, denn wenn nicht dieses Land, welches dann?

Romantiker bewunderten das Paar. Die Blicke. Den Stolz. Die Leichtigkeit. Ein gutes Paar scheinen diese beiden zu sein, das schafft, was moderne Paare überall anstreben und selten erreichen: eine Rollen-



Obama-Fans in Kenia: Den „Sohn Afrikas“ wie im Vollrausch gefeiert

verteilung, die beiden gerecht wird, überdies gemeinsame Freiheit und zu allem noch Humor.

Schwarze sahen ihre Farbe, sie sahen einen der ihren dort oben, und als sie verstanden, dass der mächtigste Mann der Welt ein Schwarzer sein würde, fühlten sie Genugtuung, Wiedergutmachung auch, weshalb hier unten auf der Wiese des Grant Park am Lake Michigan immer wieder derselbe Satz zu hören war: „Ich hätte nicht gedacht, dass ich diesen Tag jemals erleben würde.“

Für die 106-jährige Ann Nixon Cooper in Atlanta war diese Nacht die Rundung eines Lebens. Sie hatte am Nachmittag den Anruf bekommen. Ob es okay sei, wenn ihr Name falle in seiner Rede? Natürlich, sagte sie, und sie weinte, als ihr Name tatsächlich fiel – als Name einer Heldin, die alles erlebt hat: die Zeit, als eine wie sie gehindert wurde zu wählen, dann die Bürgerrechtsbewegung, die Ermordung Martin Luther Kings, die alltägliche Ausgrenzung.

Aber auch Weiße hörten einen Mann, der sie versteht, der gar nicht so anders spricht als sie, auch wenn er anders aussieht; es waren eine Menge Weiße gekommen.

Für die Studenten Chicagos war es ein Fest, sie feierten ein Idol, endlich wieder. Sie trugen Hemden mit seinem Gesicht,

T-Shirts mit seinem Symbol, dieser Sonne, diesem Horizont in den Farben der USA. Sie sangen sein Lied: „Yes, we can!“ Dann sangen sie: „Yes, we did!“

Der Stratege schließlich dachte wie immer schon weiter und verhinderte das vorbereitete Feuerwerk. Er sah diesen Mann auf der Bühne, sah dann die Hochhäuser Chicagos im Hintergrund, die Bäume des Parks und die Scheinwerfer, er sah 150 000 Menschen und keinen darunter, der nicht gerührt war, keinen auch, der nicht wusste, dass dies hier eine besondere Nacht war,

★★★

Allein in Israel, Georgien und auf den Philippinen hätten sie John McCain vorgezogen.

nicht wieder einer dieser 20 Momente, die Amerikas Konsumkultur täglich für „historisch“ erklärt und in der nächsten Sekunde vergisst. Was sollte da noch ein Feuerwerk?

Der Stratege heißt David Axelrod, er war seit 21 Monaten im Dauerzustand skeptisch und misstrauisch, aber jetzt grinste er, denn jetzt wusste er, was alle hier in Chicago wussten: Dieser Dienstagabend, der 4. November 2008, ist genau dies – historisch.

An diesem Tag also wählten 65 Millionen Amerikaner Barack Obama, 47 Jahre alt, zum 44. Präsidenten der USA. Obama ist der Sohn eines Kenianers und einer Weißen, geboren in Hawaii, er lebte in Indonesien, New York, Los Angeles und Chicago. Er ist schwarz. Und nach dem Amtseid, vom 20. Januar 2009 an, wird er mit seiner Ehefrau Michelle, den Töchtern Sasha und Malia sowie dem Welpen, den die Mädchen für ihren Langmut im Wahlkampf bekommen sollen, in Washington D. C. leben, 1600 Pennsylvania Avenue, im Weißen Haus, das vor 216 Jahren auch von schwarzen Sklaven errichtet wurde.

Amerika hat gewählt, und die Welt hat mitgewählt. Deutschland, Europa, alle Kontinente der Erde entdeckten Amerika, wieder einmal oder endlich wieder. Sie entdeckten jenes Amerika, das eine Idee ist und nicht nur eine Großmacht. Allein in drei Ländern – Israel, Georgien, den Philippinen – hätten sie John McCain, die bekannte Größe, vorgezogen. Alles andere war weitgehend Obama-Land.

Sie haben nicht nur auf den Champs-Élysées gefeiert, die schwarzen Kids haben auch in den Banlieues gebubelt. Sie haben Partys gefeiert in den Metropolen auf allen Kontinenten, aber auch im Gaza-Streifen, wo sie sonst eigentlich nur tote Amerikaner für gute Amerikaner errichten.



Sandskulptur in Indien



Tanzgruppe im japanischen Obama



Indischer Zeitungstitel



Italianische Parteiwerbung in Rom

Weltweite Obama-Begeisterung: Sehnsucht nach Führung in Zeiten, in denen niemand die Probleme allein lösen kann

Obama ist der Weltpräsident, wenigstens für ein paar Tage, Wochen, Monate des Rausches und des Idealismus und des Glaubens an das Gute, den George W. Bush der Welt fast schon ausgetrieben hatte. Tristram Hunt, ein britischer Historiker, sagt dazu, Obama „verkörpert die Erzählung, auf die jedermann nur zu gern zurückgreift – dass nämlich Amerika das Land außergewöhnlicher Lebenschancen und Möglichkeiten ist, wo Wunder geschehen“. Und Wunder wünschen sich die Menschen aller Hautfarben und Völker wohl vor allem in jenen Teilen der Erde, wo sie sich weniger zuverlässig ereignen.

Wie Obama von der Weltöffentlichkeit begrüßt wurde, das war vor allem eine Befreiung. Angela Merkel, die Kanzlerin, reagierte so beglückt wie die Kollegen in London und Paris. Begeisterung, Interesse, Hoffnung überall. Nur aus Rom, natürlich, der beherzte Tritt ins Fettnäpfchen: „Jung“ und „hübsch“ sei der gewählte US-Präsident, befand Regierungschef Silvio Berlusconi, „und – gut gebräunt“.

Euphorisch, selbstverständlich, die Afrikaner: Ghanaer, Nigerianer, Südafrikaner fühlten sich kollektiv gleich mitgewählt. Die Kenianer feierten den „Sohn Afrikas“ kurzzeitig in einer Art Vollrausch. US-Visa für alle werde es künftig geben, Finanzhilfen und einen Staatsbesuch des Superstars

bei „Oma Sarah“ in Kogelo, einem Dorf in den Hügeln beim Viktoriassee. Staatspräsident Mwai Kibaki rief kurzerhand einen nationalen Feiertag aus.

Das alles hat mit der Sehnsucht nach Führung zu tun in Zeiten, in denen keine Nation ihre Probleme allein lösen kann. Die globale Wirtschaft und das globale Klima verlangen nach einer kooperierenden Weltgemeinschaft, sie verlangen nach einer globalen Kultur, nach einer Richtung, eigentlich nach einer Weltregierung.

Barack Obama, das jedenfalls scheint die Hoffnung all jener zu sein, die dieser Dienstag von Chicago nicht kaltließ, könnte, er soll und muss der erste Weltpräsident werden. Jemand, der nicht nur in seinem Land wurzelt, sondern gleich auf mehreren Kontinenten. Einer, dessen zweiter Vorname, Hussein, auch für Muslime wie eine vague Aussicht auf Versöhnung klingt, einer, der der Weltgesellschaft endlich ein Gesicht verleiht.

Es waren ja dunkle Jahre, die an diesem Dienstag zu Ende gingen. Nach und nach ruinierte die Regierung von George W. Bush das Land und seinen Nimbus draußen in der Welt.

Barack Obama lächelt, natürlich, in der Nacht von Chicago. Aber er bleibt stoisch, manchmal eiskalt wie sein Wahlkampf, konzentriert, seine Rede bis ins Letzte

durchdacht. Er will nicht feiern, er will warnen, und so nutzt Obama auch diesen Moment für das, was er loswerden will:

Dass er allein gar nichts erreichen wird.

Dass er die Republikaner so sehr benötigt wie die Demokraten und das ganze Land.

Dass es einen neuen Bürgersinn braucht in Amerika. Solidarität.

Dass die USA Verbündete finden müssen, wenn sie sicher bleiben wollen vor Terror und Mittel finden wollen gegen den Klimawandel.

Dass schwere Jahre kommen werden. „Aber wir werden das Ziel erreichen“, ruft er jetzt, „we will get there.“

Und die Menschen hier unten starren zu ihm hinauf und nicken, „yeah“ schreien sie, es scheint, als meldeten sie sich freiwillig zum Dienst an Amerika. Dies nämlich ist der Kern der Botschaft Obamas: Tu etwas für dein Land, und dein Land wird es dir danken. Steht zu Amerika, und Amerika wird zu euch stehen. Und dann wird Amerika nicht länger gehasst oder verlacht werden, sondern bewundert und respektiert in der Welt.

Ist das naiv – ein Kinderglaube an die eine Welt, die Obama in Berlin beschwor, vor den 200 000 „citizens of the world“? Wahrscheinlich ist eher, dass Obama sehr viel nüchterner denkt. Ein Netzwerk will

er aufbauen, eine neue Gemeinschaft mit allen, die mitmachen wollen. Die großen Worte sollen locken und motivieren, sie sollen neugierig machen. Das ist nicht naiv, es ist lediglich klüger als die Politik des Vorgängers; Diplomatie und Multilateralismus wird Obama anstreben, das sagt David Axelrod, das sagen alle in Obamas Umfeld, es ist ja ziemlich offensichtlich, wohin Bushs Politik einsamer Entscheidungen das Land geführt hat.

Und doch: Ist das alles nicht zu viel für einen ja doch eher unerfahrenen Mann, der erst seit knapp vier Jahren Senator ist? Zu viel der Erwartung, viel zu viel Last? Schwierige Zeiten sind immer auch Chancen, sie ermöglichen große Entscheidungen, in schwierigen Jahren werden große Präsidenten geboren. Franklin D. Roosevelt, Kämpfer gegen die Depression der dreißiger Jahre und dann gegen die Nazis, ist Amerikas liebstes Leitbild. Nicht jeder aber, der in düsterer Zeit an die Macht kommt, hält der Anforderung stand.

Man kann sich gut vorstellen, wie die routinierten, illusionslosen großen Spieler der Weltpolitik das bewegende Seelendrama in Amerika beobachtet und bewertet haben. Die aufsteigende Weltmacht China hat den verschlagenen Richard Nixon erlebt, den unglücklichen Jimmy Carter und den immer optimistischen Ronald Reagan. Jetzt also ein Basketballspieler, ein Popstar, ein Schwarzer, ein von der Geschichte Amerikas bewegter Moralist, ein in der Welt Unerfahrener: Ist er wirklich so cool, so versöhnlich, und wie viel Härte steckt bei aller Geschmeidigkeit in ihm?

Auch Mahmud Ahmadinedschad, der bieder-gefährliche Präsident Irans, der wahlweise Drohungen ausstößt und belehrende Briefe an die Führer des Westens schreibt, wird jetzt Maß nehmen: Er hat öffentlich bezweifelt, dass die Herrschenden in den USA einen Wahlsieg Obamas zulassen würden. Muss sein Land sich nun noch mehr als unter Bush sorgen, dass seine Atomanlagen eingäschert werden, wenn es weiterhin Uran anreichert und weitere Zentrifugen zuschaltet, oder ist es jetzt mit Obama besser dran?

Vor kurzem hat Joseph Biden, der künftige Vizepräsident, Überlegungen angestellt, was sich denn wohl der eine oder andere Führer unter den Amerika-Gegnern für den Neuen im Weißen Haus einfallen lassen werde. Vermutlich etwas Ähnliches, plauderte Biden, wie damals bei John F. Kennedy, als der die Kuba-Krise meistern musste. Die Ahnung trog nicht ganz. Ein paar Stunden nach dem Wahlsieg kündigte Russlands Präsident Dmitrij Medwedew an, sein Land werde Kurzstreckenraketen in der Region Kaliningrad aufstellen, als Gegenwehr gegen den US-Raketenschild in Polen und Tschechien.

Dem Neuen bleibt, das ist die kaum überraschende Erkenntnis, verzweifelt wenig Zeit, die Weltkonflikte zu bedenken, im Gegenteil, sie treiben ihn vor sich her.

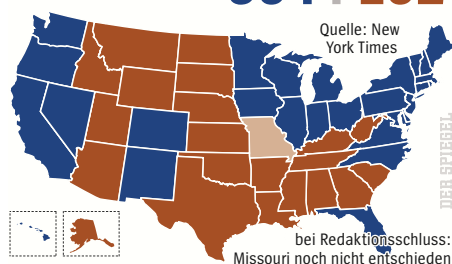
Am interessantesten wird sein, ob Obama den Idealismus aus dem Geist der amerikanischen Gründerzeit auf das Handeln der Weltmacht übertragen möchte. Dass den USA das Schicksal aufgegeben sei, die Welt nach ihrem Bilde zu formen, demokratisch und kapitalistisch, ist eine der Konstanten der Außenpolitik, die erst jüngst wieder zur Verschärfung der Weltkrisen geführt haben, anstatt zu Lösungen beizutragen. Mehr Bescheidenheit, größerer Langmut, ein bisschen Demut wären nach Jahren des Übermaßes sicher angebracht.

Wahlsieg in Zahlen

Ergebnis der Präsidentschaftswahl nach Wahlmännern



364 : 162



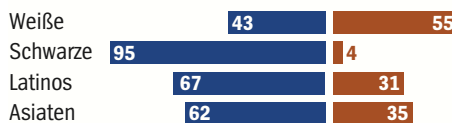
Wahlverhalten im Detail

Stimmenanteile, in Prozent

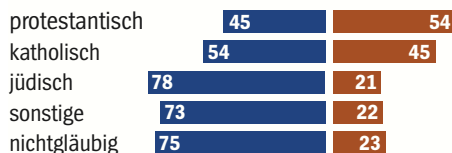
Geschlecht



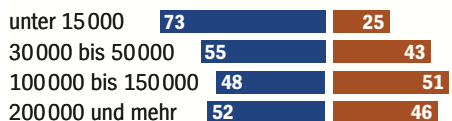
Hautfarbe



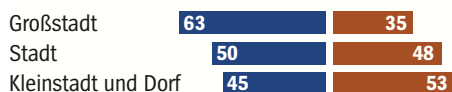
Religion



Einkommen, in Dollar



Wohnort



Quelle: National Exit Poll, CNN

Was Amerika von seinem ersten schwarzen Präsidenten erwartet, liegt auf der Hand: Ihm ist aufgegeben, das Land aus der tiefsten Krise des Kapitalismus seit 1929 herauszuführen. Das sei „die größte wirtschaftliche Herausforderung in unserem Leben“, sagt er dazu auf seiner ersten Pressekonferenz am Freitag. Außerdem soll er den Verlust an politischer und moralischer Autorität wettmachen, der seit dem Irak-Krieg anhält. Er soll den Niedergang der Weltmacht aufhalten – Amerika soll wieder der Leuchtturm der freien Welt sein. Aber natürlich soll auch Obama dafür sorgen, dass Amerika die einzige Supermacht auf Erden bleibt, militärisch hoch überlegen, noch lange Zeit unerreichbar für China und für Indien sowieso.

Viele Mitarbeiter in Obamas Umfeld haben in den vergangenen Wochen Bücher über Roosevelts erste 100 Tage im Amt gelesen. Im Team Obama gab es selbst nach dem Sieg Mineralwasser, keinen Champagner. Da tate, in Chicago, kein übermütiger Jungsclub, das waren Harvard-Juristen, die ziemlich genau zu wissen scheinen, dass die wahre Aufgabe nicht die Wahl war.

Es gilt, alte Fehler zu vermeiden. Gerade jetzt, gerade am Anfang. Es gilt, faule Kompromisse zu verhindern, in Personalfragen beispielsweise. Bill Clinton machte es sich damals selbst schwer mit seinem Versprechen, sein Kabinett werde „aussehen wie Amerika“, denn damit begannen der Lobbyismus, die Intrigen, das Proporzdenken. Wie viele von links, wie viele Schwarze, und sind's nicht doch zu viele Männer? Bill Clintons „Transition“ – jene 77 Tage zwischen Wahl und Amtsübergabe – gilt heute als eine der ganz und gar verkorksten Phasen der jüngeren amerikanischen Geschichte.

Obama fing darum sofort an, eigentlich schon während der letzten Wahlkampfwochen. Er nominierte John Podesta als Manager des Übergangs und stellte ihm Valerie Jarrett und Pete Rouse zur Seite, alle drei Vertraute seit Jahren. Podesta, ein kühler, harter Profi in Washington, holte sich ein Team von 50 Leuten, die seit Wochen schon Lebensläufe prüfen, Ministerien neu entwerfen, Befugnisse einteilen. Blaupausen liegen bereits vor, für jedes Ministerium: To-do-Listen, Arbeitspläne also, unterteilt in Sofort-, 100-Tage- und Jahresziele.

Die Regierung Obama, so sieht es das Magazin „New York“, sei trotzdem noch schwer einzuschätzen, weil der Kandidat Obama Signale „in alle Richtungen sandte“: herkömmlich liberal sein Abstimmungsverhalten im Senat, technokratisch pragmatisch sein Wesen, irgendwo in der Mitte seine Rhetorik.

Aber natürlich lassen sich Rückschlüsse ziehen aus der Art, wie Obama in den vergangenen 21 Monaten agierte, in dieser ganz und gar ausgeleuchteten Welt des Wahlkampfes, dauerbeobachtet.



Präsidentenskandidat Obama im Wahlkampfbus*: *Stoisch, eiskalt und mit eisern kontrolliertem Ego*

CALLIE SHELL / AURORA PHOTOS

Vier Personen vertraute er in dieser elend zähen Zeit ganz und gar: Rahm Emanuel, dem Demokraten-Star im Kongress (der Stabschef im Weißen Haus werden soll), dazu David Plouffe, dem Manager seiner Kampagne, einem Mathematik-Freak, und schließlich David Axelrod, dem Strategen. Auch Plouffe und Axelrod werden Obama wohl nach Washington folgen, Axelrod jedenfalls hat als „Senior Advisor“ schon zugesagt.

Und, natürlich, Michelle.

Michelle Obama ist Mutter und Anwältin, sie hat ihre Abschlüsse in Harvard und Princeton gemacht. Sie arbeitete schon, als Barack noch Praktikant war; er wollte sie ausführen, sie fand das unpassend, und am Ende gewann er sie doch.

Sie stammt aus Chicago, aus der „Second City“, darum blieb dann auch er dort. Sie hatte die Heimat, die er, aufgewachsen bei seinen weißen Großeltern auf Hawaii, noch suchte. Das Viertel South Shore war damals ihr Zuhause, nicht reich, nicht ganz arm, aber dann wurde ihr Vater krank, Multiple Sklerose. Marian Robinson, Michelles Mutter, pflegte ihren Mann, und heute hütet sie die Enkel, wenn deren Eltern Politik machen. Auch die Großmutter wird wohl ins Weiße Haus ziehen und vermutlich die Schlafsäcke ausrollen,

wenn Sashas und Malias Freundinnen anrücken.

Die Obamas wirken vergnügt miteinander. Er erzählt, wie sie ihn herunter auf den Boden holte, als er im Höhenrausch war in seinen ersten Wochen im Senat: Er wollte ihr von seinen Erfolgen erzählen, sie sagte ihm, er solle ein Mittel gegen Ameisen besorgen. Sie machte dann ein paar Scherze über ihn, das lässt sie heute, und sie machte Fehler, am Anfang seines Wahlkampfs. Dass sie wegen seiner Bewerbung um das Weiße Haus zum ersten Mal stolz auf ihr Land war, hätte Michelle Obama lieber nicht sagen sollen. Dann



Dass Obama unter Druck am besten ist, verheißt Gutes für die Zukunft.

aber wurde sie entspannter, fand Spaß am Wahlkampf, Gelassenheit vor allem, ihr Selbstbewusstsein. Mit kleinem Team reiste sie, eine Sprecherin, ein paar Leibwächter, keine Presse.

Es war eine schlaue Rollenverteilung: Er bewegte sich in die politische Mitte, da er die Weißen aus dem Herzland Amerikas brauchte – sie reiste durch die schwarzen Gemeinden und wurde zur Ikone der Brüder und Schwestern. Dort sagte Michelle Obama: „Ich weiß nicht, wie oft Barack

und ich Menschen treffen, die 70 oder 80 Jahre alt sind, uns am Arm halten und mit Tränen in den Augen sagen, dass sie nicht geglaubt hätten, diesen Tag je zu erleben.“ Jubel im Saal. Dann bat sie um Stimmen, um Spenden, um die Aktivierung von Freunden und Familien: „Ich möchte nicht zurückschauen und darüber nachdenken müssen, was vielleicht möglich gewesen wäre. Wir haben das viel zu oft gemacht in unserem Leben.“

Ihr Mann, der gewählte Präsident, gilt als moderner Manager, das heißt als Chef, der gut delegieren kann, als Beherrscher moderner Kommunikation und begnadeter Zuhörer; es gibt wenige, die aus Gesprächen mit ihm herauskommen und klagen, er hätte sie nicht ernst genommen. Das Team Obama gilt als hocheffizient und so diskret wie wenige andere politische Organisationen. Dass der Kandidat unter Druck am besten ist, dürfte auch keine schlechte Voraussetzung für die kommenden Jahre sein.

Die Falten in seinem Gesicht sind tiefer geworden in den vergangenen zwei Jahren, die Haare grauer. Obama steht morgens um sechs Uhr auf und trainiert 45 Minuten im Kraftraum; wenn er Zeit findet, spielt er Basketball mit alten Freunden. In den letzten Tagen des Wahlkampfes las er zwei Zeitungen am Tag, dazu das Buch „Ghost Wars: The Secret History of the CIA, Afghanistan and Bin Laden“. Obama ist ein Blackberry-Junkie: Bis zu 30-mal

* Mit seinem Chefstrategen David Axelrod (l.), Beraterin Valerie Jarrett (2. v. r.) und Ehefrau Michelle am 30. August bei Youngstown, Ohio.

Im Gelobten Land

Obamas Sieg ist der Triumph der schwarzen Bürgerrechtsbewegung – und ihr Ende?

Inmitten der 150 000 Menschen, die Dienstagnacht in Chicago ausgelassen Barack Obamas Sieg feierten, stand ein Mann, einsam, verloren, er hielt eine kleine amerikanische Flagge, und über sein Gesicht liefen Tränen.

Der Mann war Jesse Jackson, ein Weggefährte von Martin Luther King und einer seiner Nachfolger als Anführer der schwarzen Bürgerrechtsbewegung. Zweimal hatte er sich selbst um die Präsidentschaft beworben. Nun stand er da und sah, wie Obama seinen Traum erfüllte.

Einem Radiosender sagte Jackson später, er habe geweint „zum einen, weil da Obama stand und so majestätisch aussah“, aber eben auch, weil er an die vielen gedacht habe, die das nicht mehr miterleben konnten, „an all jene Märtyrer und Ermordeten, deren vergossenes Blut diese Nacht erst möglich machte“.

Jackson war in jenen Stunden nicht allein mit seinen komplizierten Gefühlen. Menschen tanzten in Harlem und weinten in der Ebenezer Baptist Church, in der Martin Luther King gepredigt hatte, sie entzündeten Kerzen an seinem Grab.

Die Wahl Obamas ist eine Zeitenwende für die Schwarzen in Amerika. Für die Veteranen der Bürgerrechtsbewegung ist sie aber auch das Ende ihrer eigenen Ära – das Ende einer Politik, in deren Mittelpunkt schwarze Identität stand und die ihre Kraft schöpfte aus dem Kampf gegen weiße Unterdrückung und aus der Erinnerung an die Sklaverei.

Obama ist der Sohn eines kenianischen Austauschstudenten und einer Weißen aus Kansas, kein Nachfahre von Sklaven. Weil ihm diese zentrale afroamerikanische Erfahrung fehlt und weil er nicht wie einst Jackson als der Kandidat der Schwarzen antrat, stellten manche alten Bürgerrechtler die seltsame Frage, ob Obama „schwarz genug“ sei.

Der Kandidat blieb ihnen fremd. Jesse Jackson sprach in einer mitgeschnittenen Unterhaltung gar davon, Obama zu kastrieren – weil der verantwortungslose schwarze Väter kritisiert hatte. Jacksons eigener Sohn griff den Vater anschließend öffentlich scharf an. Ein Generationengraben tut sich auf zwischen den Bürgerrechtlern und ihren Nachfahren.

Obama gehört dagegen zu einem neuen Typus afroamerikanischer Politiker – wie Cory Booker, der Bürgermeister von

Newark, oder Deval Patrick, der Gouverneur von Massachusetts. Sie alle haben gute Schulen und Universitäten besucht, bewegen sich im weißen Establishment und vertreten die Werte der Mittelklasse. Sie sehen sich nicht als Anführer der Schwarzen, sondern wollen Verantwortung für alle übernehmen – es geht ihnen ums Regieren, nicht ums Protestieren.

Rasse ist ein Tabu in Amerika, und auch deshalb hat Obama sich bemüht, das

Erst 1865, nach dem Bürgerkrieg und Abraham Lincolns „Emanzipations-Proklamation“, hatte in den Südstaaten der USA die Sklaverei geendet. Millionen Menschen waren seit dem 17. Jahrhundert aus Afrika in die Vereinigten Staaten deportiert worden. Heute noch steht in einer früheren Plantage in South Carolina die Hütte, in der vor 150 Jahren der Urgroßvater von Michelle Obama hauste.



Polizeieinsatz gegen Bürgerrechtler in Birmingham, Alabama, Redner King in Washington (1963),



Thema im Wahlkampf zu meiden. Als er aber im März, während der demokratischen Vorwahlen, mit Videos seines ehemaligen Pastors Jeremiah Wright konfrontiert wurde, der das unterdrückte Amerika verdammt, da hielt Obama in Philadelphia eine Rede über Rasse, mit der er wohl seine Kandidatur rettete.

Es war eine Rede, die Vorurteile und Trennung zwischen den Rassen ansprach und die den Bogen spannte von der Sklaverei und der amerikanischen Verfassung bis zu Jeremiah Wright, über den er sagte: Er könne ihn genauso wenig verstoßen, wie er seine eigene weiße Großmutter verstoßen könne, die geholfen habe, ihn aufzuziehen, und die doch mehrfach Abfälliges über Schwarze geäußert habe.

Er klagte nicht an. Er erklärte.

Im Süden blieb die Rassentrennung auch nach der Abschaffung der Sklaverei bestehen, dafür sorgten die „Jim Crow“-Gesetze: Es gab Busse, Toiletten, Restaurants jeweils für Schwarz und Weiß. Schwarze konnten vielerorts nicht wählen, keine Schulen für Weiße besuchen, sie wurden auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert. Der Ku-Klux-Klan, weiße Männer in weißen Umhängen und Kapuzen, lynchte Schwarze und pflanzte brennende Kreuze vor deren Hütten auf.

Zwei Ereignisse führten in den fünfziger Jahren zur Bürgerrechtsbewegung: 1954 urteilte der Oberste Gerichtshof im wegweisenden Fall „Brown v. Board of Education“, dass getrennte Schulen für Schwarze und Weiße nicht zulässig seien. Und am 1. Dezember 1955 wurde in einem Bus in Montgomery, Alabama, eine

schwarze Frau namens Rosa Parks verhaftet, weil sie sich weigerte, ihren Sitzplatz für einen Weißen frei zu machen. 381 Tage lang boykottierten daraufhin die Schwarzen der Stadt die Busse. Der Anführer, ein junger Pastor namens Martin Luther King, wurde zur nationalen Figur.

Bis in die Sechziger setzten King und die Bürgerrechtsbewegung ihre gewaltlosen, medienwirksamen Aktionen im ganzen Land fort – bis es Gesetze gab gegen die Rassendiskriminierung und das Wahlrecht für alle gewährleistet war.

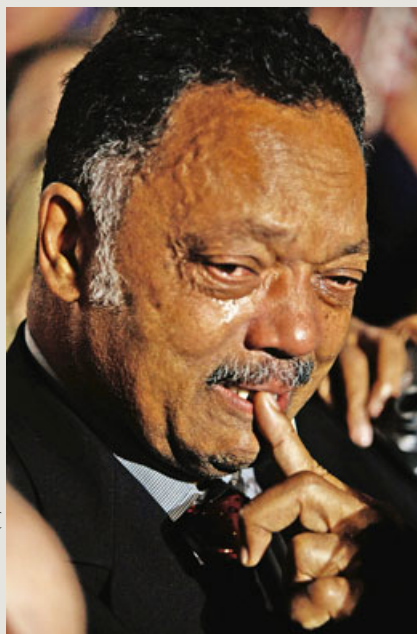
„Gott hat mir erlaubt, den Berg zu erklimmen“, sagte Martin Luther King in seiner berühmten letzten Rede, in der er seine eigene Ermordung vorhersah, „und ich habe das Gelobte Land gesehen. Viel-

Es ist, als hätte sich für Obama der Traum erfüllt, den King 1963 in seiner Rede vor dem Lincoln Memorial in Washington äußerte: dass seine Kinder eines Tages nicht mehr beurteilt würden nach der Farbe ihrer Haut, sondern nach dem Gehalt ihres Charakters. Mit seiner Wahl ist die letzte Rassenschranke gefallen. Der Kommentator Roland Martin sprach für viele Schwarze, als er in der Wahlnacht auf CNN tief bewegt sagte, nun könne er seinen Nichten und Neffen endlich sagen, sie könnten alles werden – sogar Präsident.

Aber damit wird auch das Argument hinfällig, mit dem Jesse Jackson und seine Altersgenossen jahrzehntelang gekämpft haben: dass die Schwarzen immer noch vor allem Opfer der weißen



Politiker Jackson (bei Obamas Siegesrede in Chicago): „Ich habe einen Traum“



leicht werde ich es nicht mit euch erreichen. Aber ich möchte euch heute Abend sagen, dass wir, als ein Volk, ins Gelobte Land gelangen werden.“

Wenn King Moses war, sagte einst Barack Obama, dann gehöre er zur Generation Josuas. Und er ist nun eingezogen in das Gelobte Land, 40 Jahre danach.

Amerika kann nach dieser Wahl Vorurteile über das Verhältnis der Rassen revidieren: Obamas Hautfarbe spielte bei den Wählern eine geringe Rolle – nur 20 Prozent sagen, sie sei für ihre Wahl wichtig gewesen, und von denen stimmte mehr als die Hälfte für ihn. Selbst Weiße, die Vorurteile gegen Schwarze hegen, votierten für ihn – weil sie ihm zutrauen, die Wirtschaftslage zu verbessern. Hautfarbe war kein Argument, das alles überschattete – allenfalls eines unter vielen.

Mehrheit seien. Die Frage ist, ob afro-amerikanische Politik nun allmählich im Mainstream Amerikas aufgehen wird, so wie schon die Vertreter der Iren oder Italiener darin aufgegangen sind. Auch wenn die Ahnen der Schwarzen als Sklaven kamen, nicht als Immigranten.

Amerika wandelt sich, schon heute besteht es zu rund einem Drittel aus Nicht-weißen, und voraussichtlich werden die Minderheiten – Schwarze, Latinos, Asiaten – bald die Mehrheit bilden. Das „echte Amerika“, von dem die republikanische Vizepräsidentenskandidatin Sarah Palin im Wahlkampf sprach – weiß, kleinstädtisch –, gibt es bald nicht mehr, es weicht gerade einem neuen, pluralistischen, weniger rassistischen Amerika.

Und Barack Obama ist sein Gesicht.

MATHIEU VON ROHR

pro Tag arbeitet er Mails, Memoranden und Nachrichten durch. Abends wird es spät, er „muss noch einen Rundflug machen und dann landen“, erzählte ein Berater der „New York Times“: eine Runde Mails also, Telefonate mit den Beratern.

Einem einmal eingeschlagenen Kurs folgt er beharrlich. Selbst im Wahlkampf blieb alles bis zum Ende, wie es am Anfang gewesen war. Diese Konstanz erreichte Hillary Clinton nie, John McCain sowieso nicht. Selbst die heikelste Beschränkung, Selbstdisziplin bei Angriffen, stand Obama durch – mit eisern kontrolliertem Ego: Egal, wie scharf McCains Angriffe waren, Axelrod und Obama wussten, dass sie nur gewinnen konnten, wenn Obama als sanfter Schwarzer, als guter Schwarzer, als Tiger Woods der Politik gesehen würde.

Scheut er also Risiken? Ist er zu milde, zu lieb?

Seine Leute lachen. Einer erzählt, wie sie alle dem Chef davon abgeraten hätten, auf die Debatte um seinen ehemaligen und recht radikalen Pfarrer Jeremiah Wright einzugehen, aber Obama wollte eine „große Rede über Rasse“ halten. Er hielt seine Rede in Philadelphia, es war ein Meilenstein seines Wahlkampfs. „Er war ein Redner, wie er nur einmal im Leben auftaucht. Ein guter Debattierer. Er hatte eine Botschaft und war eiskalt und diszipliniert im Überbringen dieser Botschaft“, so sagt es anerkennend Steve Schmidt, Chef der McCain-Kampagne und dessen schärfster Hund.

Das alles mag einiges aussagen über den künftigen Führungsstil, auch über sein Verhältnis zu seinen Mitarbeitern, aber es sagt eher wenig über den Weltpräsidenten Obama, über seine Lösungsversuche für die drängendsten Probleme, die sich ihm stellen.

Obama bringt dafür wenig Erfahrung mit, aber er kann sich auf seine Urteilskraft verlassen, das ist viel. Das muss nicht gutgehen, es kann aber. Und wenn es in den kommenden vier Jahren für ein paar entscheidende Zäsuren in einigen Weltkonflikten reichen sollte, wäre schon viel gewonnen.

Mit seinem Sinn für Symbolik dürfte der 44. Präsident bald einen Erlass unterschreiben, mit dem das Gefangenenlager Guantanamo für Terroristen, echte und mutmaßliche, geschlossen wird. In Amerika gehört es längst zur herrschenden Meinung jenseits des Weißen Hauses, dass die Einrichtung totalitärer Inseln innerhalb der Demokratie ein Irrweg war, der dem Land schadete und seinen Nimbus in der Welt schmälerte. Die Koryphäen der Qaida, wie Chalid Scheich Mohammed (das Gehirn des 11. September 2001) oder Ramzi Binalshibh (der mit Mohammed Atta die Anschläge vorbereitete) werden dann voraussichtlich vor ein normales Gericht in den USA gestellt, ebenso wie einige der

weniger Prominenten unter den etwa 250 Häftlingen.

Guantanamo ist eine Wunde, die sich Amerika selbst schlug. Obama wird weltweit verdienten Beifall ernten, wenn er den riesigen Hochsicherheitstrakt in einen langweiligen, anachronistischen Militärstützpunkt der US-Streitkräfte am Rande der Castro-Insel Kuba zurückverwandelt.

Zu den außenpolitischen Beratern Obamas gehören gereifte Köpfe wie Zbigniew Brzezinski (Sicherheitsberater unter Jimmy Carter), Anthony Lake (Sicherheitsberater unter Bill Clinton) oder auch Colin Powell, der unglückliche Außenminister in der ersten Regierung Bush. Das sind maßvolle, illusionslose Praktiker, die ihn bereits vor fahrlässigen Festlegungen in einigen Großkonflikten geschützt haben.

ben sich verändert, zuungunsten Amerikas. Amerika kann im Alleingang nichts Produktives bewirken, das ist die Lehre aus Bushs Amtszeit. Allerdings gilt in dieser nervösen, hysterischen Weltgegend auch, dass nichts verändert werden kann, wenn Amerika ausfällt.

Nun warten sie alle darauf, welchen Kurs Obama einschlagen wird: die Mullahs in Teheran, die – womöglich mit Hilfe der Bombe – Hegemonie in der Region anstreben; der junge Diktator in Damaskus und der alte Zyniker in Kairo; die Hamas im Gaza-Streifen und die Hisbollah in Beirut. Nicht leichter wird die Sache, da Israel vor einer Wahl steht, die zur Wiederkehr Benjamin Netanjahus führen könnte, des konservativen Nationalisten, der besser zu Bush gepasst hätte.

bezweifelt den Holocaust. Redet ein amerikanischer Präsident mit solchen Leuten – und was sollte der Zweck der Übung sein?

In den linksliberalen Think-Tanks in Washington wird diese entscheidende Frage fiebrig hin- und hergewälzt. Reden ist eigentlich immer gut, denn wer redet, schießt nicht. Aber Reden ist auch ein Wagnis, wenn nichts dabei herauskommt.

Die Alternative zu bilateralen Verhandlungen wäre eine Nahost-Konferenz unter Teilnahme Syriens und Irans, woraus aber leicht ein zielloses, folgenloses Palaver entstehen könnte. Und die Wiederbelebung der alten Iran-Verhandlungsgruppe – Deutschland, Großbritannien, Frankreich, USA, China, Russland –, die vergebens das Land vom Atomprogramm abzubringen suchte, ist auch keine vielversprechende Option.

Obama hat mit einiger Schärfe gesagt, Iran müsse daran gehindert werden, die Bombe zu bauen. Wahrscheinlich hat er es auch so gemeint, denn kein amerikanischer Präsident kann eine nukleare islamische Theokratie, die Israels Existenzrecht bestreitet, passiv hinnehmen. Diesen Maßstab hat Obama aufgerichtet. Was tut er?

★★★

Mit jedem Angriff wächst in Pakistan der Hass auf die USA.

Was ihm nach dem jetzigen Stand der Dinge bleibt: der alte Weg, härtere Sanktionen zu verhängen, um Iran indirekt von der Bombe abzubringen; der schlaue Weg, Syrien aus der anti-amerikanischen Front, angeführt von Iran, herausbrechen; oder ein neuer Weg, den er selbst schlagen muss, vermutlich mit Hilfe eines Vermittlers.

Die dritte blutende Wunde Amerikas ist Afghanistan. Dort begann nach dem 11. September 2001 der „Krieg gegen den Terror“, den Bush ausrief. Diesen Rachezug gegen die Taliban, die Osama Bin Laden eine Heimstatt gaben, hält der zukünftige Präsident für gerechtfertigt. Es ist aber auch ein Großkonflikt, in dem die alten Mittel zunehmend versagen.

Der Irak und Afghanistan verhalten sich wie kommunizierende Röhren: Als die USA Bagdad erobert hatten, erklärte die Qaida den Irak zum Hauptkampfgebiet gegen die expansive Weltmacht, und Afghanistan geriet in den Windschatten. Es war die Zeit, als die Petersberger Beschlüsse zur Richtlinie des Wiederaufbaus, politisch wie wirtschaftlich, im Land dienten. Seither regiert Präsident Hamid Karzai in Kabul, seither ist die Schutztruppe Isaf, zu der auch Bundeswehrosoldaten gehören, dort stationiert.

Im Irak änderten sich die Verhältnisse, und nun ist wieder Afghanistan der Fix-



GALLIE SHELL / AURORA PHOTOS

Wahlkämpfer Obama im Fitnessraum: „Wir werden das Ziel erreichen“

Obamas Einschätzung der Lage im Irak gewann spätestens nach seinem Besuch Bagdads im Sommer an Flexibilität, was ihm nun zupasskommt. Dabei half ihm General David Petraeus, der es fertigbrachte, den Irak relativ zu stabilisieren. Seither spricht Obama nicht mehr mechanisch davon, eine Kampfbrigade pro Monat heimzuholen, ohne Rücksicht auf die Verhältnisse im Irak. Seine Wendung ins Pragmatische wird kriegsmüden Demokraten zu Hause nicht gefallen, sie wird aber seinen Handlungsspielraum erweitern, und darauf kommt es an.

Der Irak ist die zweite blutende Wunde der Weltmacht Amerika, auch wenn mittlerweile in Afghanistan mehr US-Soldaten sterben. Mindestens fünf Jahre lang, seit der Invasion im März 2003, sind sämtliche Konflikte in der ganzen Region ungemein verschärft worden, teilweise ins fast Unbeherrschbare. Die Machtverhältnisse ha-

Barack Obama meinte vor einiger Zeit, er werde auch mit den Feinden Amerikas reden. Davon gibt es im Nahen Osten einige, die, paradoxerweise, nichts lieber täten, als mit dem US-Präsidenten zu reden. Syrien gibt diese Absicht offen zu erkennen, das Land sucht und braucht den Anschluss an den Westen. Es ist isoliert und steckt in wirtschaftlichen Schwierigkeiten.

Auch Iran gehört zu den Feinden, die gern mit dem amerikanischen Präsidenten reden würden. Auch Iran ist eigentlich an diplomatischen Beziehungen zu den USA gelegen, vermuten westliche Diplomaten schon länger. Aber die Frage ist, ob sich die iranischen Führer gegenüber Obama so kompromisslos geben wie gegenüber Bush.

Damit haben sie ja Erfolg gehabt. Iran ist, seit dem Fall Saddams Husseins, die neue Vormacht in der Region, woran kein anderes Land Gefallen findet. Präsident Ahmadinedschad droht Israel wüst und

punkt für die Qaida-Terroristen, die ebenso wie die Taliban zu neuer Stärke fanden. Wie eh und je dient Pakistan als Rückzugs- und Aufrüstungszone, wie eh und je spielen die Stämme im Grenzgebiet ihr altes Spiel: Die Herren in Kabul sind die natürlichen Feinde. Deren Feinde sind ihre nützlichen Freunde.

Barack Obama hat sich darauf festgelegt, 7000 Soldaten aus dem Irak nach Afghanistan zu verlegen. Das ist eine deutliche Aufstockung der Truppen, momentan stehen 32 500 US-Soldaten am Hindukusch. Insgesamt sind mehr als 60 000 Soldaten aus 41 Ländern in Afghanistan im Einsatz. Es liegt nahe, dass Obama bald in

der amerikanischen Regierung: Ihr dürft Angriffe fliegen, aber offiziell wissen wir nichts davon, und wir werden natürlich scharf protestieren.

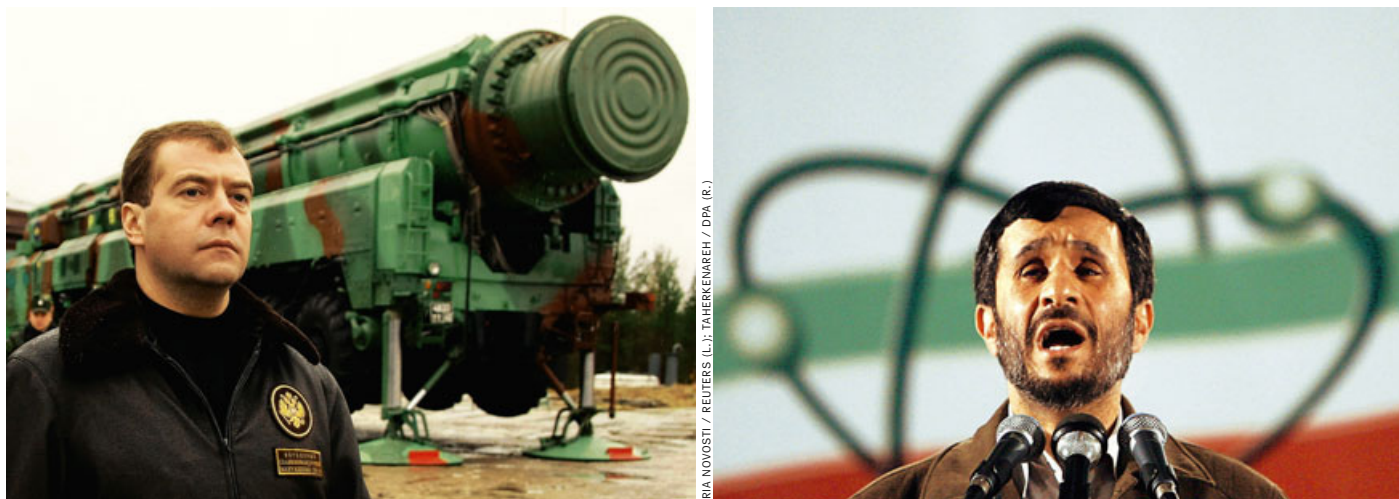
Es ist aber auch ein zynisches Spiel, das ein Weltpräsident Obama, der idealistische Verfechter des Prinzips Offenheit in der Politik, schwerlich so fortsetzen kann. Das aber glaubt der britische Historiker Niall Ferguson: Obamas Außenpolitik werde sich gar nicht so sehr von der seines Vorgängers unterscheiden (siehe Seite 139).

Einige Europäer werben in Washington für eine Alternative zum Lauf der Dinge, der militärischer Logik folgt. Sie argumentieren, dass Afghanistan ein Konflikt der

mit Dependancen willkommen. In Iran gehören die großen europäischen Drei – Großbritannien, Deutschland, Frankreich – zur Sechsergruppe, die den Mullahs Vorhaltungen wegen des Atomprogramms machte; sie scheiterten, weil die USA ihr Gewicht nicht zur Geltung brachte.

Doch das Verhältnis der Europäer zu den USA könnte sich am Ende entscheiden an einer Entwicklung, auf die sie wenig Einfluss haben – am Umgang der neuen amerikanischen Regierung mit Russland.

Eigentlich ist es üblich, dass die Regierung eines Landes dem neugewählten Präsidenten der USA gratuliert, das Trennende ausnahmsweise unerwähnt lässt und auf



US-Kritiker Medwedew, Ahmadinedschad: Provokation am Tag nach der Wahl

der Runde herumfragen wird, welche Länder noch mehr Soldaten schicken können.

Mittlerweile ist General Petraeus im Central Command der US-Streitkräfte für den Irak ebenso zuständig wie für Afghanistan. Er scheint entschlossen zu sein, seine alte Methode anzuwenden: mehr Soldaten, größere Kampfkraft, daneben der Versuch, die Feinde zu teilen, vielleicht lassen sich ja die Taliban von der Qaida entfremden. Dass die Regierung Karzai mit den Taliban ins Gespräch zu kommen sucht, halbherzig, sprach sich schon länger herum.

Dazu flog die US-Luftwaffe zuletzt mehrere Angriffe drüben in Pakistan, in den Stammesgebieten, wo immer mal wieder Osama Bin Laden und Aiman al-Sawahiri, die Nummer zwei der Qaida, vermutet werden. Mit jedem Angriff wächst der Hass in Pakistan auf die Weltmacht Amerika, gegen jeden Angriff muss die Regierung in Islamabad zwangsläufig lauten Protest erheben.

Interessanterweise enthielt sich Obama jeder Kritik an den Übergriffen der Luftwaffe im Wahlkampf. Sie sind offenbar kein Spezialfall der Regierung Bush in ihren letzten Tagen, auch der kommende Präsident hält sie für legitim. Vermutlich gibt es sogar ein stillschweigendes Einverständnis zwischen der pakistanischen und

gesamten Region ist, der nicht allein in Kabul und Kandahar, sondern nur mit den Nachbarn gelöst werden kann. Die Europäer schlagen deshalb eine regionale Konferenz aller Anrainer vor – doch die Amerikaner fragen, welches Ziel sie haben sollte.

Interessanterweise steht Obama in Afghanistan vor der gleichen Entscheidung wie Bush im Irak: Soll er es mit der Methode Petraeus versuchen, dieser Kombination aus militärischer Härte und politischer Geschmeidigkeit? Anders als Bush

★★★

Putin hat die Nachfolge von Bush angetreten – stets heißt es: Mein Land zuerst.

hat er aber viel zu verlieren, wenn die Zahl der Zivilopfer nicht abnimmt, wenn die Luftschläge in Pakistan zu Anschlägen auf US-Einrichtungen führen oder die ohnehin geschwächte Regierung in Islamabad gefährden – wenn dieser Krieg sein Krieg ist.

Europa ist keine Weltmacht, schon gar nicht in Zeiten der Rezession, aber europäische Länder mischen fast überall mit: Deutsche und französische Firmen, zum Beispiel, sind neuerdings im Irak wieder

bessere Zeiten hofft, im Interesse beider Länder. Doch aus Moskau kam, noch in dieser Siegesnacht, die Information, Russland werde Kurzstreckenraketen vom Typ „Iskander“ in der Region Kaliningrad stationieren, nahe der polnischen Grenze.

Was für ein Affront! Wladimir Putin, auch als Regierungschef de facto der mächtigste Mann Russlands, scheint die Nachfolge von Bush anzutreten: Entweder seid ihr für mich oder gegen mich, mein Land zuerst – und was die Welt denkt, kümmert mich nicht.

Russlands Zorn erregt der Raketen-schild, den die USA – gegen Angriffe aus Iran – in Tschechien und Polen errichten wollen. Obama hat sich noch gar nicht geäußert, ob er darin Sinn und Nutzen zu erkennen vermag. Wenn es seine Absicht sein sollte, das Projekt nicht zu verfolgen, dann erschwerte ihm der Kreml mit seinem Vorpreschen die Absage.

Allerdings liegt die russische Führung nicht ganz falsch damit, dass sich der Demokrat Obama in den anderen beiden Konflikten, die Putin für existentiell erachtet, kaum von dem Republikaner Bush unterscheidet: Georgien und die Ukraine.

Obama befürwortet bislang unverdrossen, dass beide Länder, entstanden beim Zerfall des kommunistischen Imperiums, in die Nato eintreten dürfen, wenn sie es wol-

len. Nicht über den Irak, nicht über Iran oder Afghanistan besteht in der politischen Elite der USA Konsens, wohl aber über das Recht Georgiens und der Ukraine, Aufnahme in die militärische Allianz des Westens zu finden. Nur langsam gewinnt eine Minderheit in den Think-Tanks an Zulauf. Sie wirft die Frage auf, ob denn die Ausdehnung der Nato nach dem Verschwinden des Warschauer Paktes der Weisheit letzter Schluss gewesen sei – und wohin das jetzt noch führen soll.

Ja, wohin? Als sich Russland von Georgien dazu einladen ließ, einen leicht gewinnbaren Krieg zu führen, da blieb der Weltmacht Amerika nichts als tatenlose

Den großen Faltenwurf, das weitflächige Konzept aus einem Guss erwarten auch die Verbündeten Amerikas nicht von ihm, wohl aber Umsicht und Ernsthaftigkeit. Viele schwerwiegende Krisen erwarten Barack Obama, und da ist er gut beraten, wenn er bleibt, was er im Wahlkampf geworden ist: ein schnell lernendes System – das Projekt Obama.

Zu den Krisen draußen in der Welt kommen Amerikas eigene Sorgen, all die Probleme im Inneren des Landes, das ja eine seltsame Mischung aus absolutem Fortschritt in der ersten Welt und bizarrem Zurückbleiben eines Drittweltlands ist. Die USA stecken in der schwersten Krise seit

Liquiditätsproblem. Das bedeutet, die Banken haben den Glauben an GM weitgehend verloren. Es ist nur ein paar Jahrzehnte her, da war GM Amerika und Amerika GM.

Der „American Way of Life“, diese besondere Mischung aus vorsätzlicher Sorglosigkeit, lustvoller Verschwendung und einem Schuss Größenwahn, stößt an seine Grenzen. In den vergangenen Jahren lebte die Weltmacht von einer Dummheit zur nächsten. Die Regierung war zu arrogant, die Bankenwelt zu gierig, und die Wirtschaft leistete sich erst obszöne Skandale und war dann nicht innovativ genug, um den Status als Wirtschaftssupermacht weiter halten



Explosion einer Autobombe in Bagdad (2005), Demonstration in New York: „Auch Staaten bekommen den Blues“

Solidarität. Die Europäer stimmten in den Protest ein, aber manche unter ihnen, vorneweg die Deutschen, sahen sich in ihrer Skepsis bestätigt: Es ist zwar schön und gut, wenn Georgien und die Ukraine den Schutz der Nato suchen, aber da sie derzeit nicht hineingehören, sollte ihnen die Nato auch nichts als unverbindliche Zusagen geben.

Die alte amerikanische Regierung und viele außenpolitische Experten der nächsten Regierung meinen es aber ernst, sie wollen beiden Ländern den Zugang ebnen. Im Dezember tagen die Nato-Außenminister, und wieder werden sie das Problem Georgien und Ukraine wälzen. Obama, der Präsident im Wartestand, dürfte dann das Treffen kommentieren und so erkennen lassen, ob er noch seiner alten Meinung ist.

Viel länger kann er sich nicht vornehm zurückhalten. Er ist momentan der Weltpräsident, und dieser Titel fällt ihm zu, weil Amerika die Dinge in der Welt stärker verändern kann als andere Mächte – zum Schlechten, aber auch zum Guten. Der Weltpräsident kann sich entscheiden, wo und wie er sein Gewicht in die Waagschale werfen möchte. Er hat, nach acht Jahren Engstirnigkeit, einen großen Vertrauensvorschuss, den er nutzen und der ihn tragen kann.

der Großen Depression in den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts – und so bröckelt auch das ökonomische Fundament der Weltmacht.

Zu den Wählern Obamas am 4. November gehörte der ramponierte Mittelstand, der sich von ihm einiges erhofft. Denn die Gehälter der Angestellten schrumpfen, die Preise steigen, die einstige Jobmaschine Amerika hat das Produzieren praktisch eingestellt. Rund 2,5 Millionen Menschen verloren seit Januar ihren Job. Die Arbeitslosenquote stieg in diesen Tagen dramatisch an auf 6,5 Prozent, so viel wie seit 1994 nicht mehr, Tendenz steigend.

Die alte Industrie im Mutterland des Kapitalismus kämpft überall im Lande ums Überleben. Für einen gewöhnlichen Industriearbeiter ist Amerika mittlerweile das Land der begrenzten Möglichkeiten. Alle drei Autoriesen des Landes – Ford, General Motors (GM) und Chrysler – müssen derzeit staatliche Zuschüsse und neue Bankkredite in Anspruch nehmen, um ihre immer neuen Milliardenverluste überleben zu können.

Allein GM hat im vergangenen Quartal 39 Milliarden Dollar verloren. Das ist mehr als der Gewinn, den der deutsche Riese Daimler in den vergangenen acht Jahren erwirtschaftet hat. In den Zeitungen ist bereits ein hässliches Wort aufgetaucht:

zu können. Was jetzt bleibt, sind gewaltige Probleme von historischem Ausmaß.

In keinem anderen Land der westlichen Welt wird so viel teure Energie verschwendet. Nur fünf Prozent der Weltbevölkerung leben in den USA, die aber ein Viertel der Weltfördermenge an Öl verbrauchen. 90 Milliarden Dollar überweisen die Vereinigten Staaten innerhalb eines Jahres allein in den arabischen Raum.

Das US-Wachstum der vergangenen Jahre wurde nicht durch hohe Exporte und außergewöhnliche Erfindungen befeuert, sondern in erster Linie durch eine massive Verschuldung der Konsumenten. Die Sparquote in Deutschland liegt bei elf Prozent, die amerikanische bei knapp einem. Von der Regierung bis zum kleinen Kreditkarten-Kunden leben alle auf Pump.

Die Bush-Regierung hat all diese Probleme verschärft, nicht gelindert. Sie hat die Industrie in dem Glauben gelassen, billiges Öl stehe für alle Zeiten zur Verfügung. Die Bevölkerung wurde zum Konsum auf Pump gedrängt und hat nun – am Beginn einer tiefen Rezession – nichts mehr zuzusetzen. Ein System kollabierte. Die Krise des Kapitalismus rundete den Verlust an moralischer und politischer Autorität nach dem Irak-Krieg ab.

Die Stimmung im Stammland des Optimismus ist entsprechend gedrückt. Es

ist die tückische Gleichzeitigkeit von Vertrauenskrise und Immobilien-Desaster, von Finanzmarkt-Drama und dem jüngsten Ölpreisschock, die den Bürgern die Laune verderbt. Das britische Wirtschaftsmagazin „The Economist“ schreibt über das „unglückliche Amerika“: „Auch Staaten bekommen den Blues.“

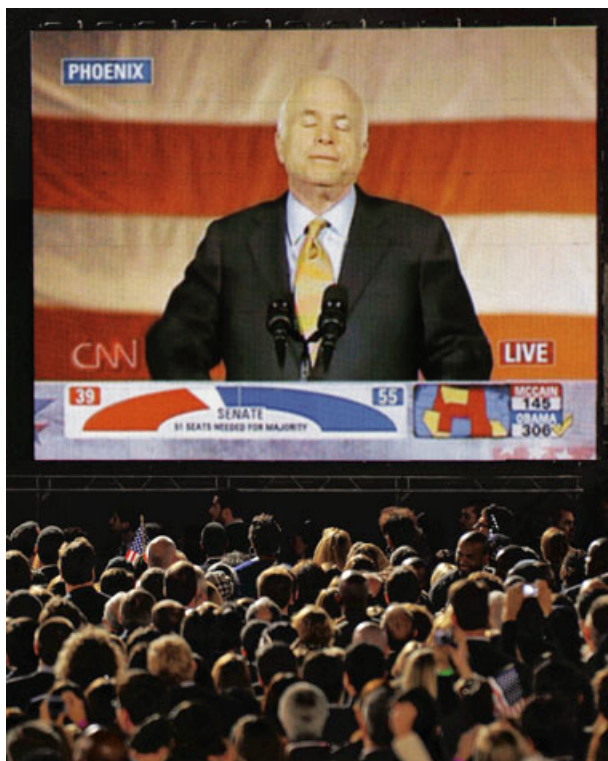
Der gewählte Präsident Obama kann gar nicht so lange warten, bis er am 20. Januar vereidigt wird. Er muss früher schon erkennen lassen, was er gegen die Krise tun will, und auch, wem er das wichtigste Ressort seiner Regierung, das Finanzministerium, anvertrauen wird. Rahm Emanuel, sein Freund und Vertrauter aus Chicago, der als Stabschef des Weißen Hauses eine Art Generalmanager sein soll, sagt schon vorsorglich, dem Präsidenten bleibe gar keine Wahl, „wir müssen die Regierung der Reform sein“.

Vier Projekte hält der durchsetzungsstarke Emanuel für herausragend: „Da sind die Reform der Finanzmarktregulierung, dann die Steuerreform, die Gesundheitsreform und die Energie.“ Die Regulierung der Märkte sei Thema des Washingtoner Gipfels und werde sicher bald beschlossen. Die Steuerreform werde dagegen länger brauchen, schon weil die Bush-Steuer Gesetze noch bis 2010 in Kraft sind. In der Energiepolitik schließlich sei manches sofort möglich, die Förderung alternativer Projekte zum Beispiel, ebenso in der Gesundheitspolitik, wo vor allem die unversicherten Kinder von Arbeitslosen sofort geschützt werden sollen.

Aber woher will, woher kann Obama das nötige Geld nehmen? Das Haushaltsminus in diesem Jahr wird mindestens 800 Milliarden Dollar betragen. Der neue Präsident wird sparen müssen. Das Budget bezeichnet er schon heute als größte aller Schwierigkeiten. „Wir brauchen klare Prioritäten“, sagt Obama.

Der Kassensturz, den jede neue Regierung vornimmt, kommt erst im Januar. Das Transition-Team denkt momentan über eine weitere Steuerrückzahlung nach. Dabei werden in Amerika traditionell Schecks an Haushalte verschickt, ein kleines Freudenfest, meistens. Vieles spricht dafür, dass dem Bush-Scheck aus diesem Jahr in Höhe von 170 Milliarden Dollar ein größerer Obama-Scheck in Kürze folgen wird.

Politisch sind diese Steuerrückzahlungen beliebt, für die Kassenlage sind sie verheerend, ökonomisch ist ihre Wirkung umstritten. Die Konjunktur lässt sich in Zeiten der Globalwirtschaft so nicht mehr



Wahlverlierer McCain: Kulturkampf beendet



Staatschef Bush*: Dunkle Jahre, die nun zu Ende gehen

ankurbeln. Das zusätzliche Geld landet zu einem Großteil bei den Importeuren in Asien.

Auch in der Sozialpolitik hat sich Obama einiges vorgenommen. Die zunächst zögernde Zustimmung der weißen Arbeiterschaft in den wahlentscheidenden Bundesstaaten ließ ihn großzügig werden. Das hat sich ausgezahlt, die meisten haben ihn gewählt. Nun rückt der Zahltag näher. Eine „bezahlbare Krankenversicherung für alle“ – das ist das Wahlversprechen, an dem er gemessen wird. 47 Millionen Ame-



Obama kann nicht alle beglücken. Er muss entscheiden, wen er zuerst enttäuscht.

rikaner sind derzeit unversichert, eigentlich ein Skandal für ein so reiches Land.

Dazu hat der gewählte Präsident ein 150 Milliarden Dollar teures Infrastrukturprogramm zugesagt, oft mehrfach täglich. Es soll die marode Infrastruktur des Landes reparieren, neue Jobs schaffen und den Umweltschutz voranbringen. Obama wird dieses Programm umsetzen, auch wenn seine Dimension womöglich schrumpfen und der vorgesehene Zehn-Jahres-Zeitraum gestreckt werden wird.

Dennoch kann Obama unmöglich alle beglücken, auch wenn er im Zuge des langen Wahlkampfes eine lange Liste von Versprechungen abgab. Er wird entscheiden müssen, wen er zuerst enttäuscht.

Das Obama-Team weiß nur zu genau, dass der ärgste Feind für Obamas Präsidentschaft in den eigenen Reihen sitzt. Bei ähnlich fulminanten Wahlsiegen der US-Demokraten – 1964 und 1992 – setzte sich die Partei jedes Mal mit ihrer Wunschliste durch. Steuererhöhungen und neue Sozialleistungen für Arme erschrecken die Wechselwähler. Schon nach zwei Jahren war die Mehrheit im Kongress dahin – und die gute Stimmung auch.

Obama hat dagegen versprochen, den Kulturkampf zwischen den Parteien und die Spaltung des Landes zu überwinden. Bei seiner Ansprache am Wahlabend sagte er: „Wir stehen und fallen als eine Nation, als ein Volk.“ Und der 44. Präsident steht und fällt am Ende auch mit dem Erfolg der Reformen, die er seinem Land versprochen hat, das Reformen haben will und braucht.

„Dieser Präsident beginnt sein Amt mit mehr Erwartungen als jeder Präsident, den ich erlebt habe“, sagt Nancy Pelosi, die Sprecherin des Repräsentantenhauses. Sie ist Obamas wichtigste Ansprechpartnerin für alle Gesetze, mit denen er das Land verändern will. Obama wird deshalb wohl versuchen, seine Reformen Schritt für Schritt voranzubringen, nicht in einem einzigen großen Wurf. Er werde „das Land aus der Mitte regieren“, glaubt der demokratische Parteistrateg Tade Devine.

Das wäre vernünftig, denn Amerika ist noch immer eine mehrheitlich konservative Nation. In Umfragen nennen sich Amerikaner sehr viel eher konservativ als liberal. Obama kann das nicht ändern, aber er braucht Helfer, die kompromissfähig sind,

* Während des Telefongesprächs mit Wahlsieger Obama am 4. November im Weißen Haus.



JIM YOUNG / REUTERS

Familie Obama in der Wahlnacht: Mit einem Hundewelpen ins Weiße Haus

und er sucht sie auch bei den sogenannten Obamacons, jenen Republikanern, die ihn schon bei der Wahl unterstützten, darunter Prominente wie Senator Chuck Hagel aus Nebraska oder Colin Powell.

Am 20. Januar werden die vier Obamas in Washington einziehen, mit Festen und Bällen und vielleicht auch mit historischem Gepränge, was dem Tag ja auch angemessen wäre. Der neue Präsident wird Washington verändern, und Washington wird ihn verändern.

Die Hauptstadt legt sich gern dem jeweiligen Präsidenten zu Füßen und lässt sich von ihm prägen. Bill Clintons Washington war eine Jazz-Hochburg, Bushs Washington ist eine Schlafstadt. Der noch amtierende Präsident pflegte sich um 21 Uhr ins Schlafzimmer zurückzuziehen, er ging nicht aus, niemals auf Partys, eine wilde Nacht, so die „New York Times“, das war für Bush ein Abendessen bei seinem ehemaligen Strategen Karl Rove im Stadtteil Kent, gleich hinter der deutschen Botschaft.

Die Obamas dagegen gelten als cool, als modern, als lebensfroh, und da wird es nicht viel ausmachen, wenn Barack und Michelle sich lieber abends mit den Mädchen hinsetzen und Rechenaufgaben lösen oder Karten spielen – das Leben, so die Hoffnung der Hauptstädter, wird mit ihnen und mit ihrer Generation nach Washington zurückkehren. Michelle wird jetzt schon von den Hochglanzzeitingen zur Stil-Ikone ausgerufen, die erste seit Jacqueline Kennedy.

Bald ist Barack Obama Präsident, und ganz gleich, wie seine Präsidentschaft einmal enden wird: Der 4. November 2008 hat das Land verändert. Das versichert er in jener Dienstagnacht in Chicago seinen Landsleuten und der ganzen Welt. Hier am Lake Michigan haben die Zuhörer schon jetzt das Gefühl, dass nichts mehr ist, wie es war. „Die Stadt hat sich verändert in dieser einen Nacht“, sagt Joan Harrell, „die Leute haben ein Lächeln im Gesicht.“

Joan Harrell ist 51, schwarz, sie hat kurzgeschorene Haare, so kurz wie Obama, und sie wohnt da, wo auch Obama noch



Die Stadt hat sich verändert, die Leute haben ein Lächeln im Gesicht.

wohnt, in Hyde Park, im Süden, zehn Kilometer vom Stadtzentrum entfernt. Es ist eine Welt, die Obama in seinen Reden beschwört, denn hier leben alle zusammen, Sozialhilfeempfänger, Studenten und Millionäre, Schwarze und Weiße, es gibt hier mehr schwarz-weiße Paare als in den meisten anderen Orten im Land.

Joan Harrell hat ein Apartment im zweiten Stock gemietet, Hyde Park Boulevard Ecke South Drexel Boulevard, zwei Häuserblocks von den Obamas entfernt. Von ihrem Fenster aus kann sie die Zufahrt zu seinem Haus sehen, die Be-

tonsperrern und natürlich die Polizisten, die sein Haus seit zwei Jahren rund um die Uhr bewachen.

Seit Dienstagabend ist hier mehr los als je zuvor. Aus den 8 bis 10 Polizeibeamten, die sie bisher zählen konnte, sind 16 geworden, die Straßenkontrollen wurden verschärft, und die Bushaltestelle vor ihrem Haus ist plötzlich verschwunden.

Es war ja ohnehin ein verrückter Tag. Es sah gut aus für Obama, die Umfragen waren gut, sie glaubte erst an diesem Dienstag zum ersten Mal an einen Sieg, und so ging sie in die Drogeriekette Walgreens um die Ecke, wo auch Obama einkauft, und kaufte Obama-T-Shirts und Obama-Sweatshirts für ihre Verwandten in Georgia.

Als sie wieder zu Hause war, rief Joan Harrell ihre Mutter in Georgia an. Die Frauen beteten, und Joan sah dabei CNN. Als der Sender Obama zum Wahlsieger erklärte, begann sie zu weinen, ihre Mutter weinte in Georgia mit. Den ganzen Abend telefonierte Joan mit Freunden und Verwandten, weinte und betete, und als sie um eins ins Bett ging, konnte sie noch immer nicht glauben, dass es wirklich passiert war.

Aber dann hörte sie einen Helikopter, und durch das Fenster sah sie die Blaulichter der Polizei. „Obama kommt heim“, dachte sie, und dann sagt sie: „Als ich die Blaulichter sah, wusste ich, es ist wirklich wahr.“

KLAUS BRINKBÄUMER, MARC HUJER,
CORDULA MEYER, GERHARD SPÖRL,
GABOR STEINGART